

**No. 35706**

---

**Latvia  
and  
Germany**

**Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Federal Republic of Germany concerning the reciprocal protection of classified material. Riga, 16 March 1998**

**Entry into force:** *19 March 1998 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Latvian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Latvia, 20 May 1999*

---

**Lettonie  
et  
Allemagne**

**Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la protection réciproque de matériels classifiés. Riga, 16 mars 1998**

**Entrée en vigueur :** *19 mars 1998 par notification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et letton*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Lettonie, 20 mai 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

Abkommen  
zwischen  
der Regierung der Republik Lettland  
und  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
über  
den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

Die Regierung der Republik Lettland  
und  
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -

in der Absicht, eine Regelung über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebende Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1  
Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind:

a) In der Bundesrepublik Deutschland:

im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft.

b) In der Republik Lettland:

eingestufte Informationen, die Staatsgeheimnisse enthalten, nämlich militärische, politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische oder jede sonstige Information anderer Art, die in die vom Ministerkabinett genehmigte Liste aufgenommen ist und deren Verlust oder rechtswidrige Offenlegung die Sicherheit des Staates, wirtschaftliche oder politische Interessen schädigen kann.

(2) Die Vertragsparteien stellen fest, daß die Verschlusssachengrade wie folgt vergleichbar sind:

- a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behandelt Verschlusssachen der Republik Lettland wie folgt:

SEVISKI SLEPENI	GEHEIM
SLEPENI	GEHEIM
KONFIDENCIALI	VS-VERTRAULICH

- b) Die Regierung der Republik Lettland behandelt Verschlusssachen der Bundesrepublik Deutschland wie folgt:

GEHEIM	SEVISKI SLEPENI
VS-VERTRAULICH	SLEPENI
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	KONFIDENCIALI

(3) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH finden die nachstehenden Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 und 4, Artikel 6 Absatz 1 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

#### Artikel 2 Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Verschlusssachengrades gilt.

(2) Die Vertragsparteien werden die betreffenden Verschlusssachen nicht ohne vorherige Zustimmung der Behörde, die die Einstufung veranlaßt hat, Dritten zugänglich machen, offenlegen oder deren Verschlusssachengrad ändern, unabhängig von den nationalen Archivierungs- und Offenlegungsbestimmungen der Vertragsparteien.

Die Verschlusssachen werden ausschließlich für den angegebenen Zweck verwendet.

(3) Die Verschlusssachen dürfen insbesondere nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Aufgaben die Kenntnis notwendig machen. Die Verschlusssachen dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die hierzu ermächtigt sind. Die Ermächtigung setzt eine Sicherheitsüberprüfung voraus, die mindestens so streng sein muß wie die für den Zugang zu nationalen Verschlusssachen der entsprechenden Einstufung.

(4) Die Vertragsparteien sorgen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Regelungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen.

#### Artikel 3

##### Vorbereitung von Verschlusssachenaufträgen

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben, oder beauftragt sie einen Auftragnehmer in ihrem Hoheitsgebiet, dies zu tun, so holt sie zuvor von der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung dahingehend ein, daß der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Verschlusssachengrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, daß das Geheimschutzverfahren des überprüften Auftragnehmers in Einklang mit den innerstaatlichen Geheimschutzbestimmungen steht und von der Regierung überwacht wird.

#### Artikel 4

##### Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, daß jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Verschlusssachengrad eingestuft wird. Auf Anforderung der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei teilt sie dieser in Form einer Liste (Verschlusssacheneinstufungsliste) die vorgenommenen Verschlusssachenein-

stufungen mit. In diesem Falle unterrichtet sie gleichzeitig die für den Auftragnehmer zuständige Behörde der anderen Vertragspartei darüber, daß der Auftragnehmer sich dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet hat, für die Behandlung von Verschlusssachen, welche ihm anvertraut werden, die Geheimschutzbestimmungen seiner eigenen Regierung anzuerkennen und gegebenenfalls gegenüber der zuständigen Heimatbehörde eine entsprechende Erklärung (Geheimschutzverpflichtung) abzugeben.

(2) Soweit die für den Auftragnehmer zuständige Behörde eine Verschlusssacheneinstufungsliste von der für den Auftraggeber zuständigen Behörde angefordert und erhalten hat, bestätigt sie den Empfang schriftlich und leitet die Liste an den Auftragnehmer weiter.

(3) In jedem Fall stellt die für den Auftragnehmer zuständige Behörde sicher, daß der Auftragnehmer die geheimschutzbedürftigen Teile des Auftrags entsprechend der Geheimschutzverpflichtung als Verschlusssache des eigenen Staates nach dem jeweiligen Verschlusssachengrad der ihm zugeleiteten Verschlusssacheneinstufungsliste behandelt.

(4) Soweit die Vergabe von Verschlusssachenunteraufträgen von der zuständigen Behörde zugelassen ist, gelten Absätze 1 und 3 entsprechend.

(5) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß ein Verschlusssachenauftrag erst dann vergeben beziehungsweise an den geheimschutzbedürftigen Teilen mit den Arbeiten erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen beim Auftragnehmer getroffen sind oder rechtzeitig getroffen werden können.

#### Artikel 5 Kennzeichnung

(1) Die übermittelten Verschlusssachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder auf ihre Veranlassung gemäß Artikel 1 Absatz 2 gekennzeichnet.

(2) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlusssachen, die im Empfängerstaat im Zusammenhang mit Verschlusssachenaufträgen entstehen.

(3) Verschlusssachengrade werden von der für den Empfänger einer Verschlusssache zuständigen Behörde auf Ersuchen der zuständigen Behörde des Ursprungsstaats geändert oder aufgehoben. Die zuständige Behörde des Ursprungsstaats teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ihre Absicht, einen Verschlusssachengrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im voraus mit.

#### Artikel 6

#### Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen grundsätzlich durch den diplomatischen oder militärischen Kurierdienst befördert. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie gemäß den nationalen Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden können für ein genau bezeichnetes Vorhaben - allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen - vereinbaren, daß Verschlusssachen unter den Bedingungen des Absatzes 3 auf einem anderen als dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg befördert werden dürfen, sofern die Einhaltung des Kurierwegs den Transport oder die Ausführung unangemessen erschweren könnte.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muß

- a) der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen des vergleichbaren Verschlusssachengrades ermächtigt sein;
- b) bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;
- c) die Verschlusssache nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt sein;

d) die Übergabe der Verschlusssachen gegen Empfangsbescheinigung erfolgen,

e) der Befördernde einen von der für die versendende oder die empfangende Stelle zuständigen Behörde ausgestellten Kurierausweis mit sich führen.

(4) Für die Beförderung von Verschlusssachen von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(5) Verschlusssachen der Einstufung VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH können mit der Post versandt werden.

#### Artikel 7

##### Besuche

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen an diesen Verschlusssachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender Erlaubnis der zuständigen Behörde der zu besuchenden Vertragspartei gewährt. Sie wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigt sind.

(2) Besucher sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie einreisen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen anzumelden. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldung mit und stellen sicher, daß der Schutz personenbezogener Daten eingehalten wird.

#### Artikel 8

##### Vertetzung der Regelungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

(1) Wenn eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.



(2) Verletzungen der Regelungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen werden von den zuständigen Behörden und Gerichten der Vertragspartei, deren Zuständigkeit gegeben ist, nach dem Recht dieser Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die andere Vertragspartei soll auf Anforderung diese Ermittlungen unterstützen und ist über das Ergebnis zu unterrichten.

**Artikel 9**

**Kosten der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen**

Die den Behörden einer Vertragspartei bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

**Artikel 10**

**Zuständige Behörden**

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

**Artikel 11**

**Verhältnis zu anderen Übereinkünften**

Zwischen den beiden Vertragsparteien bestehende bereichsbezogene Übereinkünfte, mit denen der Schutz von Verschlusssachen geregelt wird, gelten fort, soweit ihre Bestimmungen nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Artikel 12  
Konsultationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen Kenntnis.

(2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.

(3) Jede Vertragspartei erlaubt der nationalen Sicherheitsbehörde der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde, Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit ihren Sicherheitsbehörden ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschlusssachen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Behörde bei der Feststellung, ob solche Informationen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt worden sind, ausreichend geschützt werden. Die Einzelheiten werden von den zuständigen Behörden festgelegt.

Artikel 13  
Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderung, Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Lettland der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Notifikation.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Wird von einer Vertragspartei ein entsprechender Antrag gestellt, so werden von den Vertragsparteien Verhandlungen über die Änderung der Abkommens aufgenommen.

(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. Im Fall der Kündigung sind alle aufgrund dieser Vereinbarung übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin nach den Bestimmungen des Artikels 2 zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.

Geschehen zu ..... *Riga* ..... am *16.03.1998* ..... in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der  
Republik Lettland

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland

*Naldis Piznais*

*Wolfgang*

[ LATVIAN TEXT — TEXTE LETTON ]

**LATVIJAS REPUBLIKAS VALDĪBAS**  
**UN**  
**VĀCIJAS FEDERATĪVĀS REPUBLIKAS VALDĪBAS**  
**LĪGUMS**  
**PAR KLASIFICĒTĀS INFORMĀCIJAS SAVSTARPĒJU**  
**AIZSARDZĪBU**

Latvijas Republikas valdība un Vācijas Federatīvās Republikas valdība,

nolūkā noteikt abpusēju klasificētās informācijas aizsardzību, kas attiektos uz visiem starp abām Līgumslēdzējām Pusēm noslēdzamajiem līgumiem par sadarbību un dodamajiem pasūtījumiem, kuri paredz klasificētās informācijas apmaiņu,

ir vienojušās par sekojošo:

#### **1. pants**

##### **Definīcija un salīdzināmība**

(1) Šajā Līgumā par klasificēto informāciju tiek uzskatīti:

a) Vācijas Federatīvajā Republikā:

sabiedrības interesēs slepenībā saglabājamie fakti, priekšmeti vai atziņas, neatkarīgi no to noformējuma veida. Tos klasificē oficiāla uzņēmēj sabiedrība vai organizācija vai tās uzdevumā saskaņā ar nepieciešamību tos aizsargāt.

b) Latvijas Republikā:

klasificēta informācija, kas satur valsts noslēpumu, un proti, militāra, politiska, saimnieciska, zinātniska, tehniska vai jebkura cita veida informācija, kas iekļauta Ministru kabineta pieņemtajā sarakstā, un kuras nozaudēšana vai nelikumīga izpaušana var kaitēt valsts drošībai, ekonomiskajām vai politiskajām interesēm.

(2) Līgumslēdzējas Puses nosaka, ka klasificētās informācijas pakāpes ir salīdzināmas sekojoši:

a) Vācijas Federatīvās Republikas valdība klasificē Latvijas Republikas klasificēto informāciju sekojoši:

SEVIŠKI SLEPENI  
SLEPENI  
KONFIDENCIĀLI

GEHEIM  
GEHEIM  
VS-VERTRAULICH

b) Latvijas Republikas valdība klasificē Vācijas Federatīvās Republikas klasificēto informāciju sekojoši:

GEHEIM  
VS-VERTRAULICH  
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

SEVIŠKI SLEPENI  
SLEPENI  
KONFIDENCIĀLI

(3) Attiecībā uz VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH pakāpes klasificēto informāciju nav piemērojama 2.panta 3.daļa, 3. un 4.pants, 6.panta 1. daļa, kā arī 7.pants.

## **2. pants**

### **Nacionālie pasākumi**

(1) Savas nacionālās likumdošanas ietvaros Līgumslēdzējas Puses veic visus atbilstošos pasākumus, lai aizsargātu klasificēto informāciju, kas nodota saskaņā ar šī Līguma noteikumiem vai kuru ir izveidojis izpildītājs saistībā ar klasificēto līgumu. Tās nodrošina šādai klasificētajai informācijai vismaz tādu aizsardzības pakāpi, kāda tiek nodrošināta šīs Līgumslēdzējas Puses atbilstošas klasifikācijas pakāpei.

(2) Līgumslēdzējas Puses nedeklasificē, nemaina klasifikācijas pakāpi vai attiecīgi nepadara pieejamu trešajām pusēm klasificēto informāciju bez valsts institūcijas, kas veikusi klasifikāciju, iepriekšējas piekrišanas, neatkarīgi no Līgumslēdzējas Puses nacionālās likumdošanas par uzglabāšanu un deklasifikāciju.

Klasificēto informāciju izmanto vienīgi noteiktajam mērķim.

(3) Pieeja klasificētajai informācijai ir atļauta tikai personām, kam tā nepieciešama to uzdevumu veikšanai. Klasificētā informācija drīkst būt pieejama tikai tam pilnvarotām personām. Lai saņemtu atļauju, ir nepieciešama personas pārbaude, kam jāatbilst ne mazāk stingriem standartiem kā tiem, kas tiek piemēroti, lai iegūtu pieeju atbilstošas pakāpes nacionālai klasificētajai informācijai.

(4) Savas suverēnās teritorijas robežās Līgumslēdzējas Puses nodrošina nepieciešamās drošības pārbaudes un savstarpēju klasificētās informācijas aizsardzības noteikumu ievērošanu.

### **3. pants**

#### **Klasificēto līgumu sagatavošana**

Ja Līgumslēdzēja Puse ir iecerējusi nodot klasificēto līguma pasūtījumu izpildītājam otras Līgumslēdzējas Puses suverēnās teritorijas robežās vai tā pilnvaro izpildītāju to veikt savas suverēnās teritorijas robežās, tad tai vispirms ir jāiegūst otras Līgumslēdzējas Puses kompetentas valsts institūcijas apstiprinājums tam, ka attiecībā uz ieteikto izpildītāju ir veikta personas pārbaude atbilstoši klasifikācijas pakāpei, un ka tas ir spējīgs veikt piemērotus pasākumus, lai garantētu pienācīgu klasificētās informācijas aizsardzību. Šim apstiprinājumam ir jāietver apņemšanās nodrošināt to, ka izpildītāja pārbaude ir veikta saskaņā ar valsts noslēpuma aizsardzības procedūru, ko uzrauga valdība, un kas atbilst nacionālajiem valsts noslēpuma aizsardzības noteikumiem.

### **4. pants**

#### **Klasificēto līgumu izpilde**

(1) Valsts institūcija, kas ir atbildīga par pasūtītāju, nodrošina, ka katrai klasificētajai informācijas vienībai, kas tiek nodota vai ir cēlusies saskaņā ar konkrēto pasūtījumu, tiek piešķirta slepenības pakāpe. Tā nodrošina otras Līgumslēdzējas Puses valsts institūciju, kas ir atbildīga par izpildītāju, pēc šīs valsts institūcijas pieprasījuma, ar sarakstu, kas sniedz visas

klasificētās informācijas vienību slepenības pakāpes (Klasificētās informācijas saraksts). Šajā gadījumā tā vienlaicīgi informē otras Līgumslēdzējas Puses valsts institūciju, kas ir atbildīga par izpildītāju, par šī izpildītāja saistībām pret pasūtītāju, ka izpildītājs attiecībā pret pasūtītāju apņēmis rīkoties ar klasificēto informāciju, kas viņam uzticēta, saskaņā ar viņa valdības valsts noslēpuma aizsardzības noteikumiem un nepieciešamības gadījumā iesniegs viņa valsts kompetentai valsts institūcijai saistību rakstu par klasificētās informācijas neizpaušanu šajā sakarā (Saistību raksts).

(2) Ja par izpildītāju atbildīgā valsts institūcija ir pieprasījusi un saņēmusi no valsts institūcijas, kas ir atbildīga par pasūtītāju, Klasificētās informācijas sarakstu, tā sniedz rakstisku saņemšanas apliecinājumu un nodod šo sarakstu izpildītājam.

(3) Par izpildītāju atbildīgā valsts institūcija saskaņā ar Saistību rakstu jebkurā gadījumā nodrošina to, lai izpildītājs rīkojas ar tām līguma daļām, kurām ir nepieciešama valsts noslēpuma aizsardzība, kā ar savas valsts klasificēto informāciju, saskaņā ar atbilstošu drošības klasifikācijas pakāpi, kas noteikta viņam nodotajā Klasificētās informācijas sarakstā.

(4) Ja kompetentā valsts institūcija atļauj slēgt klasificētās informācijas apakšlīgumu, attiecīgi tiek piemērota 1. līdz 3. daļa.

(5) Līgumslēdzējas Puses nodrošina to, ka tiek dota atļauja slēgt klasificēto līgumu vai ka darbs pie līguma daļām, kam nepieciešama valsts noslēpuma aizsardzība, tiek uzsākts tikai tad, ja izpildītājs ir veicis nepieciešamos valsts noslēpuma aizsardzības pasākumus vai tos ir iespējams veikt savlaicīgi.

## **5. pants Marķēšana**

(1) Otrai Līgumslēdzējai Pusei nodoto klasificēto informāciju marķē par tās saņēmēju atbildīgā valsts institūcija vai arī tas notiek tās uzdevumā saskaņā ar 1.panta 2.daļu.



(2) Tiek marķēta arī klasificētā informācija, kas izcēlusies saņēmējā valstī saistībā ar klasificētajiem līgumiem.

(3) Informācijas slepenības pakāpi pēc izcelsmes valsts kompetentas valsts institūcijas lūguma groza vai atceļ par klasificētās informācijas saņēmēju atbildīgā valsts institūcija. Izcelsmes valsts kompetentā valsts institūcija sešas nedēļas iepriekš informē otru Līgumslēdzēju Pusi par tās nolūku grozīt vai atcelt informācijas slepenības pakāpi.

## 6. pants

### Klasificētās informācijas nodošana

(1) Parasti klasificētā informācija tiek nodota no vienas valsts otrai ar diplomātisko vai militāro kurjeru dienesta starpniecību. Kompetentā valsts institūcija apstiprina klasificētās informācijas saņemšanu un nodod to saņēmējam saskaņā ar nacionālajiem klasificētās informācijas aizsardzības noteikumiem.

(2) Precīzi noteikta projekta vajadzībām kompetentas valsts institūcijas ir tiesīgas vienoties - vispārīgi vai ar ierobežojumiem -, ka klasificētā informācija, ievērojot 3. daļas noteikumus, tiek nodota pa citiem kanāliem nevis ar diplomātisko vai militāro kurjeru sūtījumu starpniecību, ja kurjeru izmantošana var nevajadzīgi apgrūtināt transportu vai līguma izpildi.

(3) 2. daļā minētajos gadījumos:

a) klasificētās informācijas transportētājam ir jābūt pilnvarotam piekļūt salīdzināmas klasificētās informācijas pakāpes klasificētajai informācijai;

b) nodoto klasificēto objektu saraksts jāglabā nosūtītājā uzņēmējsabiedrībā vai organizācijā; šī saraksta kopija tiek nodota saņēmējam iesniegšanai kompetentā valsts institūcijā;

c) klasificētā informācija jāiesaiņo saskaņā ar noteikumiem, kas regulē transportēšanu nacionālajās robežās;

d) nododot klasificēto informāciju, jāsaņem saņemšanu apliecinošs dokuments;

e) klasificētās informācijas transportētājam ir jābūt kurjera apliecībai, ko izsniedz kompetentā valsts institūcija vai nosūtītāja vai saņēmēja uzņēmēj sabiedrība vai organizācija.

(4) Gadījumos, kad nepieciešams transportēt lielu daudzumu klasificētās informācijas, transporta veidus, maršrutu un apsardzes prasības nosaka katrā atsevišķā gadījumā kompetentas valsts institūcijas.

(5) Klasificētā informācija, kas ir klasificēta kā VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, var tikt sūtīta pa pastu.

## **7. pants**

### **Vizītes**

(1) Apmeklētājiem no Līgumslēdzējas Puses suverēnās teritorijas otras Līgumslēdzējas Puses suverēnajā teritorijā atļauja pieejai klasificētajai informācijai un iekļūšanai iestādēs, kurās rīkojas ar šo klasificēto informāciju, tiek piešķirta tikai ar iepriekšēju apmeklējamās Līgumslēdzējas Puses kompetentās valsts institūcijas atļauju. Šāda atļauja tiek izsniegta tikai tām personām, kas, pamatojoties uz nepieciešamo personas pārbaudi, ir pilvarotas iegūt pieeju klasificētajai informācijai.

(2) Apmeklētāji sniedz pieprasījumu tās Līgumslēdzējas Puses kompetentā valsts institūcijā, kuras suverēnās teritorijas robežās tie ieceļo, saskaņā ar tani spēkā esošiem noteikumiem. Abu pušu kompetentās valsts institūcijas informē viena otru par šādu pieprasījumu detaļām un nodrošina personīgo datu aizsardzību.

## **8. pants**

### **Klasificētās informācijas savstarpējas aizsardzības noteikumu pārkāpumi**

(1) Ja nevar tikt izslēgta klasificētās informācijas nelikumīga nodošana, ja par to pastāv aizdomas vai tas tiek konstatēts, par to nekavējoties tiek ziņots otrai Līgumslēdzējai Pusei.

(2) Savstarpējās klasificētās informācijas aizsardzības noteikumu pārkāpumus izmeklē Līgumslēdzēju Pušu kompetentas valsts institūcijas un izskata tiesas, kuru piekritībā tas paredzēts saskaņā ar šīs Līgumslēdzējas Puses tiesībām. Otrai Līgumslēdzējai Pusei pēc pieprasījuma jāpiedalās izmeklēšanā, un tā tiek informēta par izmeklēšanas rezultātiem.

**9. pants**

**Drošības pasākumu izpildē radušies izdevumi**

Izdevumus, kas radušies vienas Līgumslēdzējas Puses valsts institūcijām, izpildot drošības pasākumus, otra Līgumslēdzēja Puse neatlīdzina.

**10. pants**

**Kompetentās valsts institūcijas**

Līgumslēdzējas Puses informē viena otru par valsts institūcijām, kas ir atbildīgas par šī Līguma izpildi.

**11. pants**

**Attiecības ar citiem līgumiem**

Starp abām Līgumslēdzējām Pusēm pastāvošie nozaru līgumi, kas regulē klasificētās informācijas aizsardzību, paliek spēkā, ciktāl to noteikumi nav pretrunā ar šo Līgumu.

**12. pants**  
**Konsultācijas**

(1) Līgumslēdzēju Pušu kompetentās valsts institūcijas ņem vērā klasificētās informācijas aizsardzības noteikumus, kas tiek piemēroti otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā.

(2) Lai nodrošinātu ciešu sadarbību šī Līguma izpildē, kompetentās valsts institūcijas konsultējas viena ar otru, ja viena no šīm valsts institūcijām ir izteikusi šādu pieprasījumu.

(3) Abas Līgumslēdzējas Puses atļauj otras Līgumslēdzējas Puses nacionālajai drošības iestādei vai jebkurai citai valsts institūcijai, kas noteikta, savstarpēji vienojoties, apmeklēt tās suverēno teritoriju, lai ar tās drošības iestādēm apspriestu no otras Līgumslēdzējas Puses saņemtās klasificētās informācijas aizsardzības procedūras un tehniskās iespējas. Katra Līgumslēdzēja Puse smiedz palīdzību šīm institūcijām, lai noskaidrotu, vai tāda informācija, ko tās rīcībā ir nodevusi otra Līgumslēdzēja Puse, tiek pietiekami aizsargāta. Detaļas izstrādā kompetentās valsts institūcijas.

**13. pants**  
**Spēkā stāšanās datums, darbības laiks, grozījumi, denonsēšana**

(1) Šis Līgums stājas spēkā dienā, kurā Latvijas Republikas valdība ir paziņojusi Vācijas Federatīvās Republikas valdībai par nacionālo nosacījumu, kas nepieciešami, lai šis Līgums stātos spēkā, izpildi. Atskaites datums ir paziņojuma saņemšanas diena.

(2) Šis Līgums tiek noslēgts uz nenoteiktu laiku.


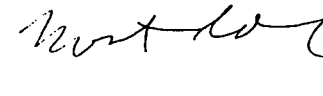
(3) Jebkura no Līgumslēdzējām Pusēm ir tiesīga jebkurā laikā iesniegt rakstisku šī Līguma grozījumu. Ja viena no Līgumslēdzējām Pusēm ir iesniegusi šādu ierosinājumu, Līgumslēdzējas Puses uzsāk sarunas par šī Līguma grozījumiem.

(4) Jebkura no Līgumslēdzējām Pusēm ir tiesīga denonsēt šo Līgumu, par to diplomātiskā ceļā sešus mēnešus iepriekš iesniedzot rakstisku paziņojumu. Denonsēšanas gadījumā uz visu saskaņā ar šo Līgumu nodoto vai izpildītāja radīto klasificēto informāciju tiek attiecināti 2. panta noteikumi tik ilgi, kamēr to pieprasa drošības klasifikācijas pastāvēšana.

Sastādīts 16.03.1998 Rīgā divos  
oriģināleksemplāros latviešu un vācu valodā, pie kam abi teksti ir vienlīdz  
autentiski.

Latvijas Republikas  
valdības  
vārdā

Vācijas Federatīvās  
Republikas valdības  
vārdā

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF  
LATVIA AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF  
GERMANY CONCERNING THE RECIPROCAL PROTECTION OF  
CLASSIFIED MATERIAL

The Government of the Republic of Latvia and the Government of the Federal Republic of Germany,

Intending to establish regulations for the reciprocal protection of classified material to be applied to all cooperation agreements and contracts to be concluded between the Contracting Parties entailing an exchange of classified material,

Have agreed as follows:

*Article 1. Definition of Terms and Comparability*

(1) Classified material within the meaning of this Agreement shall include:

In the Federal Republic of Germany:

Facts, objects or information in any form whatsoever which must be kept secret in the public interest. They shall be classified in accordance with the level of protection required by an official authority or on its instructions.

In the Republic of Latvia:

Classified information which contains State secrets, in particular, military, political, economic, scientific, technical or any other kind of information which is included on the list approved by the Cabinet of Ministers and whose loss or illegal disclosure would be prejudicial to State security or to economic or political interests.

(2) The Contracting Parties have determined that the security classifications may be compared as follows:

(a) The Government of the Federal Republic of Germany shall treat classified material of the Republic of Latvia as follows:

SEVISKI SLEPENI  
SLEPENI  
KONFIDENCIALI

GEHEIM (SECRET)  
GEHEIM (SECRET)  
VS-VERTRAULICH (CONFIDENTIAL)

(b) The Government of the Republic of Latvia shall treat classified material of the Federal Republic of Germany as follows:

GEHEIM	SEVISKI SLEPENI (SECRET)
VS-VERTRAULICH	SLEPENI (CONFIDENTIAL)
VS-NUR FÜR DEN DIEN- STGEBRAUCH	KONFIDENCIALI (RESTRICTED)

(3) Article 2, paragraph 3, articles 3 and 4, article 6, paragraph 1, and article 7 hereunder shall not apply to material classified as "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" (RESTRICTED).

*Article 2. Domestic Measures*

(1) The Contracting Parties shall, within the framework of their national laws, take all appropriate measures to protect classified material which is transmitted pursuant to this Agreement or produced by a contractor under a contract involving classified material. They shall afford such classified material security protection at least equal to that prescribed for their own material of the corresponding security classification.

(2) The Contracting Parties shall not afford third countries access to or disclose or alter the security classification of the classified material concerned without the prior consent of the authorities responsible for having classified it, regardless of the domestic regulations of the Contracting Parties relating to public records and disclosure. The classified material shall be used exclusively for the purpose stated.

(3) In particular, access to classified material may be granted only to persons whose official duties necessitate knowledge thereof and who are authorized to have such access. Authorization shall be subject to security screening, which must be at least as thorough as that for access to national classified material of the corresponding security classification.

(4) The Contracting Parties shall, within their respective territories, provide for the necessary security checks and ensure compliance with the regulations concerning reciprocal protection of classified material.

*Article 3. Preparation of Classified Contracts*

Where one Contracting Party intends to award a classified contract to a contractor in the territory of the other Contracting Party, or commissions a contractor in its territory to do so, it shall first obtain from the competent authorities of the other Contracting Party a declaration attesting that the proposed contractor has been screened at the corresponding level of security clearance and that he has access to appropriate security measures in order to guarantee adequate protection of the classified material. This declaration shall entail an obligation to ensure that the security measures used by the screened contractor are compatible with domestic secrecy protection laws and are subject to Government scrutiny.

*Article 4. Execution of Contracts Involving Classified Material*

(1) The authority competent in respect of the awarder of the contract shall ensure that each item of classified material transmitted or produced within the framework of the contract is assigned a security classification. It shall at the request of the competent authority of the other Contracting Party transmit to the said authority, in list form (schedule of the security classifications of classified material), the aforementioned security classifications of classified material. In this case, it shall at the same time inform the authorities competent in respect of the contractor of the other Contracting Party that the contractor has given the awarder an undertaking that he will treat the classified material entrusted to him in accordance with the secrecy protection regulations and, if necessary, give a corresponding declaration to the competent domestic authorities (secrecy protection clause).

(2) Insofar as the authority competent in respect of the contractor requests and receives a list of security classifications of classified material from the authority competent for the awarder of the contract, it shall acknowledge receipt of the list in writing and forward it to the contractor.

(3) In any case the authority competent in respect of the contractor shall ensure that the contractor treats the parts of the contract requiring secrecy protection under security regulations as confidential material of his own State at the level of security classification indicated in the attached schedule of security classifications transmitted to him.

(4) In so far as the competent authority is responsible for the awarding of sub-contracts involving classified material, paragraphs 1 and 3 shall apply accordingly.

(5) The Contracting Parties shall ensure that the execution of those parts of a contract involving classified material which require security protection is embarked upon only when the requisite security measures have been taken by the contractor or may be taken in a timely manner.

*Article 5. Marking*

(1) The classified material conveyed shall, in addition, be marked or caused to be marked by the authorities competent for its recipient in accordance with article 1, paragraph 2.

(2) The obligation to mark shall also apply to classified material produced in the receiving State in connection with contracts involving classified material.

(3) Classifications shall be changed or rescinded by the authority competent in respect of the recipient of classified material at the request of the competent authority of the State of origin. The competent authority of the State of origin shall inform the competent authority of the other Contracting Party six weeks in advance of its intention to change or rescind a classification.

*Article 6. Conveyance of Classified Material*

(1) Classified material shall as a rule be conveyed from one State to the other by diplomatic or military courier service. The competent authority shall acknowledge receipt of



the confidential material and shall forward it to the addressee in accordance with the national regulations concerning protection of confidential material.

(2) The competent authorities may in respect of a clearly defined project agree, in general or subject to certain limitations, that classified material under the provisions of paragraph 3 may be conveyed by means other than diplomatic or military courier insofar as the conveyance by courier would excessively delay, or render unduly difficult, the delivery of an item.

(3) In the cases referred to in paragraph 2:

(a) The individual conveying the item must be authorized to have access to confidential material of the comparable security classification;

(b) A list of the forwarded classified material must be retained by the sending authority; a copy of the list must be transmitted to the addressee for forwarding to the competent authority;

(c) The classified material must be packaged in accordance with the regulations in force for conveyance within the country;

(d) Delivery of classified material must be effected against a certificate of receipt;

(e) The individual conveying the item shall carry with him or her a courier pass issued by the authority competent for the sending or receiving office.

(4) Where the classified material to be conveyed is of considerable bulk, the method of transport, the transport route and the type of escort shall be decided upon in each individual case by the competent authorities.

(5) Confidential material which is classified as restricted (VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH) may be sent by mail.

#### *Article 7. Visits*

(1) Visitors from the territory of one Contracting Party shall have access in the territory of the other Contracting Party to classified material or installations where classified material is handled only with the prior permission of the competent authority of the Contracting Party to be visited. Permission shall only be given to persons authorized following the necessary security screening to have access to the classified material.

(2) Visitors shall notify the competent authority of the Contracting Party to whose territory they travel in accordance with the regulations in force in that territory. The competent authorities on both sides shall inform one another of the details of the notification and shall ensure the protection of personal data.

#### *Article 8. Breaches of the Regulations relating to Reciprocal Protection of Classified Material*

(1) Where disclosure of classified material cannot be ruled out, or is suspected or discovered, this shall be reported to the other Contracting Party without delay.

(2) Breaches of the regulations relating to reciprocal protection of classified material shall be investigated and prosecuted by the competent authorities and courts of the Con-

tracting Party whose competence has been established, in accordance with the laws of that Contracting Party. The other Contracting Party shall upon request support these proceedings and must be informed about the outcome.

*Article 9. Security Costs*

Costs incurred by the competent authorities of one Contracting Party in connection with the implementation of security measures shall not be reimbursed by the other Contracting Party.

*Article 10. Competent Authorities*

The Contracting Parties shall inform one another of the authorities competent for the implementation of this Agreement.

*Article 11. Relationship with Other Arrangements*

Arrangements existing between the Contracting Parties to regulate protection of classified material shall remain in force, provided that their provisions do not conflict with this Agreement.

*Article 12. Consultations*

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall take note of the regulations in force in the territory of the other Contracting Party concerning protection of classified material.

(2) In order to ensure close cooperation in the implementation of this Agreement, the competent authorities shall consult with one another at the request of one of the said authorities.

(3) Each Contracting Party shall permit the national security authorities of the other Contracting Party or any other authority designated by mutual agreement to undertake visits in its territory in order to discuss with its security authorities its procedures and facilities for the protection of classified material provided to it by the other Contracting Party. Each Contracting Party shall support the said authority in determining whether such information as has been transmitted to it by the other Contracting Party is sufficiently protected. The details shall be worked out by the competent authorities.

*Article 13. Entry into Force, Duration, Amendments, Notification*

(1) This Agreement shall enter into force on the day on which the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Federal Republic of Germany notify one another that the national requirements for its entry into force have been met. The day on which such notification is given shall be the decisive factor.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(3) Each Contracting Party may at any time request in writing an amendment to this Agreement. Should a Contracting Party make such request, the Contracting Parties shall enter into consultations concerning the amendment of the Agreement.

(4) Either Contracting Party may terminate this Agreement through the diplomatic channel with six months' notice. In the event of termination, classified material transmitted to the contractor or produced by him shall continue to be treated in accordance with the provisions of article 2 for as long as its classified status so requires.

Done at Riga on 16 March 1998 in duplicate, in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Latvia:

VALDIS BIRKAVS

For the Government of the Federal Republic of Germany:

HORST WEISEL

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DE MATÉRIELS CLASSIFIÉS

Le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Désireux d'établir une réglementation concernant la protection réciproque de matériels classifiés, qui sera applicable à tous les accords de coopération et contacts à conclure entre les Parties contractantes comportant un échange de matériels classifiés,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier. Définition de termes et comparabilité*

1) Au sens du présent Accord, on entend par objets confidentiels :

En République fédérale d'Allemagne :

Des faits, des objets ou des renseignements de toute nature qui doivent être gardés secrets dans l'intérêt public. Ils seront classés en fonction du niveau de protection requis par une autorité officielle ou sur ses instructions.

En République de Lettonie :

Des renseignements classés secrets qui contiennent des secrets d'État, notamment de caractère militaire, économique, scientifique, technique ou des renseignements de toute autre nature qui sont inclus dans la liste approuvée par le Gouvernement et dont la perte ou la divulgation illégale serait préjudiciable à la sûreté de l'État ou aux intérêts économiques ou politiques.

2) Les Parties contractantes ont décidé que les catégories de classifications de sécurité peuvent se comparer comme suit :

a) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne traitera les matériels classifiés de la République de Lettonie comme suit :

SEVISKI SLEPENI

GEHEIM (SECRET)

SLEPENI

GEHEIM (SECRET)

KONFIDENCIALI

VS-VERTRAULICH (CONFIDENTIAL)

b) Le Gouvernement de la République de Lettonie traitera les matériels classifiés de la République fédérale d'Allemagne comme suit :

GEHEIM	SEVISKI SLEPENI (SECRET)
VS-VERTRAULICH	SLEPENI (CONFIDENTIAL)
VS-NUR FÜR DEN DIEN- STGEBRAUCH	KONFIDENCIALI (RESTRICTED)

3) Le paragraphe 3 de l'article 2, les articles 3 et 4, le paragraphe 1 de l'article 6 et l'article 7 du présent Accord ne s'appliquent pas aux matériels classifiés "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" (RESTREINT).

#### *Article 2. Mesures nationales*

1) Les Parties contractantes prennent, dans le cadre de leur législation interne, toutes les mesures appropriées pour protéger les matériels classifiés qui, aux termes du présent Accord, sont transmis ou produits par un mandataire sous contrat comportant sur des matériels classifiés. Elles accordent à ces matériels classifiés une protection de sécurité au moins égale à celle prévue pour leurs propres matériels classifiés dans une catégorie de sécurité correspondante.

2) Les Parties contractantes ne révèlent pas ou ne permettent pas à des pays tiers d'avoir accès aux matériels classifiés concernés, ni ne les divulguent ni ne modifient leur catégorie de classification de sécurité sans le consentement préalable des autorités qui leur ont accordé une cote de sécurité, indépendamment de la réglementation interne des Parties contractantes concernant les dossiers publics et la divulgation. Les matériels classifiés serviront exclusivement aux fins déclarées.

3) En particulier, les matériels classifiés ne seront mis à la disposition que des personnes qui sont tenues par leurs fonctions officielles de prendre connaissance de ces matériels et qui y sont autorisées après le contrôle de sécurité prescrit, lequel doit être au moins aussi strict que pour l'accès aux matériels nationaux classifiés dans une catégorie de sécurité correspondante.

4) Les Parties contractantes prennent les dispositions nécessaires, sur leurs territoires respectifs, pour effectuer les contrôles de sécurité nécessaires et veillent au respect de la réglementation relative à la protection réciproque des matériels classifiés.

#### *Article 3. Établissement de contrats relatifs à des matériels classifiés*

Lorsqu'une Partie contractante envisage d'attribuer un contrat relatif à des matériels classifiés à un mandataire sur le territoire de l'autre Partie contractante, ou fait appel à un mandataire sur son propre territoire pour exécuter ledit contrat, elle doit d'abord obtenir des autorités compétentes de l'autre Partie contractante une déclaration attestant que le mandataire proposé a fait l'objet de contrôle au niveau de sécurité correspondant et qu'il a accès aux mesures de sécurité appropriées afin de garantir une protection suffisante des matériels classifiés. Cette déclaration impliquera l'obligation de s'assurer que les mesures de sécurité

utilisées par le mandataire ayant fait l'objet de contrôle sont compatibles avec les lois intérieures relatives à la protection du secret et sont soumis au contrôle du gouvernement.

*Article 4. Exécution des contrats portant sur des matériels classifiés*

1) L'autorité compétente dont relève le commettant veille à ce que tout matériel classifié transmis ou produit dans le cadre du contrat reçoive une cote de sécurité; elle transmet, à la demande de l'autorité compétente de l'autre Partie contractante, à ladite autorité une liste récapitulative (liste des niveaux de classification de sécurité des matériels confidentiels) des niveaux de classification de sécurité susmentionnés des matériels classifiés. Parallèlement, elle informe l'autorité compétente dont relève le mandataire de l'autre Partie contractante que le mandataire s'est engagé vis-à-vis du commettant à traiter les matériels classifiés qui lui sont confiés selon les règles de protection du secret en vigueur dans son propre pays et à prendre, le cas échéant, vis-à-vis des autorités compétentes de son pays un engagement correspondant (clause de protection du secret).

2) Pour autant que l'autorité compétente dont relève le mandataire demande et obtient la liste des cotes de sécurité des matériels classifiés de l'autorité compétente dont relève le commettant, elle accuse par écrit réception de la liste et la transmet au mandataire.

3) En tout état de cause, l'autorité compétente dont relève le mandataire veille à ce que le mandataire traite les parties du contrat nécessitant la protection du secret en vertu de la réglementation en matière de sécurité comme un matériel classifié de son propre État au niveau de confidentialité indiqué dans la liste des cotes de sécurité qui lui a été transmise.

4) Pour autant que l'autorité compétente soit chargée d'accorder des contrats de sous-traitance portant sur des matériels classifiés, les paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliqueront en conséquence.

5) Les Parties contractantes veillent à ce que l'exécution des parties d'un contrat portant sur des matériels classifiés qui nécessitent la protection de sécurité ne commence que lorsque le mandataire a pris les mesures de sécurité requises ou lorsque ces mesures peuvent être prises en temps utile.

*Article 5. Marquage*

1) L'autorité compétente dont relève le service destinataire de matériels classifiés les marque ou les fait marquer conformément au paragraphe 2 de l'article premier.

2) Dans le cadre des contrats portant sur des matériels classifiés, l'obligation de marquage vaut aussi pour les matériels classifiés produits dans l'État qui reçoit les matériels classifiés transmis.

3) Les classifications de sécurité seront modifiées ou annulées par l'autorité compétente dont relève le service qui reçoit les matériels classifiés à la demande de l'autorité compétente de l'État d'origine. L'autorité compétente de l'État d'origine informe l'autorité compétente de l'autre Partie contractante six semaines à l'avance de son intention de modifier ou d'annuler une classification de sécurité.

*Article 6. Transmission des matériels classifiés*

1) En règle générale, les matériels classifiés sont transportés d'un État à l'autre par courrier diplomatique ou militaire. L'autorité compétente en accuse réception et en assure la transmission aux destinataires conformément à la réglementation nationale applicable à la protection des matériels classifiés.

2) Les autorités compétentes peuvent convenir, pour un contrat défini avec précision --général ou comportant certaines restrictions -- que les matériels classifiés en vertu du paragraphe 3 du présent article, soient transportés autrement que par courrier diplomatique ou militaire lorsque l'utilisation de ces courriers retarderait excessivement ou alourdirait inutilement le transport d'un matériel.

3) Dans les cas visés au paragraphe 2 du présent article :

a) La personne qui assure le transport doit être habilitée à avoir accès aux matériels classifiés à une catégorie correspondante;

b) Le service expéditeur doit conserver une liste des matériels classifiés transmis; un exemplaire de cette liste doit être remis au destinataire pour transmission à l'autorité compétente;

c) Le matériel classifié doit être emballé selon la réglementation en vigueur pour les transports intérieurs;

d) La livraison des matériels classifiés doit avoir lieu contre remise d'un accusé de réception;

e) La personne transportant le matériel doit avoir en sa possession un laissez-passer délivré par l'autorité compétente dont relève le service expéditeur ou le service destinataire.

4) Lorsque les matériels classifiés à transporter sont très volumineux, les autorités compétentes décident, pour chaque cas, de la méthode de transport, de l'itinéraire et du type d'escorte.

5) Les matériels classifiés qui sont classés restreint (VS-NUR FÜR DE DIENSTGEBRAUCH) peuvent être envoyés par courrier.

*Article 7. Visites*

1) Les visiteurs d'une Partie contractante n'ont accès sur le territoire de l'autre Partie contractante aux objets matériels classifiés ainsi qu'aux établissements où les matériels classifiés sont utilisés qu'avec l'autorisation préalable des autorités compétentes du territoire à visiter. Cette autorisation n'est accordée qu'aux personnes habilitées à avoir accès aux matériels classifiés en question, après le contrôle de sécurité nécessaire.

2) Les visites doivent être annoncées à l'autorité compétente de la Partie contractante dont le territoire doit être visité, conformément à la réglementation en vigueur sur ce territoire. Les autorités compétentes des deux parties se communiquent mutuellement les détails de cette annonce et veillent à la protection des renseignements à caractère personnel.

*Article 8. Infractions à la réglementation relative à la protection réciproque de matériels classifiés*

1) Lorsqu'il n'est pas exclu qu'il y a eu infraction à la réglementation relative à la protection des matériels classifiés ou lorsqu'on soupçonne une telle infraction ou la découvre, l'autre Partie contractante doit en être informée immédiatement.

2) Les infractions à la réglementation relative à la protection réciproque des matériels classifiés doivent faire l'objet d'enquêtes et de poursuites judiciaires par les autorités et les tribunaux compétents de la Partie contractante dont la compétence a été établie, selon la législation nationale de cette Partie contractante. L'autre Partie contractante appuie, sur demande, ces poursuites judiciaires et doit être informée des résultats.

*Article 9. Dépenses liées à la sécurité*

Les Parties contractantes ne se remboursent pas les dépenses encourues par les autorités compétentes dans la mise en oeuvre des mesures de sécurité.

*Article 10. Autorités compétentes*

Chaque Partie contractante indique à l'autre Partie contractante les autorités compétentes pour la mise en oeuvre du présent Accord.

*Article 11. Rapports avec d'autres accords*

Les accords entre les deux Parties contractantes qui réglementent la protection des matériels classifiés continuent de s'appliquer dans la mesure où ils ne s'opposent pas aux dispositions du présent Accord.

*Article 12. Consultations*

1) Les autorités compétentes des Parties contractantes prennent note des réglementations en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante concernant la protection de matériels classifiés.

2) Pour assurer une étroite coopération dans le cadre de la mise en oeuvre du présent Accord, les autorités compétentes se concerteront à la demande de l'une d'entre elles.

3) Chaque Partie contractante autorisera les services de sécurité nationale de l'autre Partie contractante ou toute autre autorité désignée par consentement mutuel à effectuer des visites sur son territoire en vue d'examiner avec ses services de sécurité ses procédures et installations de protection des matériels classifiés qui lui ont été fournis par l'autre Partie contractante. Chacune des Parties contractantes aidera lesdits services de sécurité à déterminer si les renseignements qui leur ont été transmis par l'autre Partie contractante font l'objet d'une protection suffisante. Les autorités compétentes élaboreront les modalités détaillées.



*Article 13. Entrée en vigueur, durée, modifications, notification*

1) Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'informent que les formalités nationales pour l'entrée en vigueur ont été remplies. Le jour où cette information sera communiquée constituera le facteur déterminant.

2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

3) Chacune des Parties contractantes peut, à tout moment, demander par écrit une modification du présent Accord. Si une Partie contractante fait une telle demande, les deux Parties contractantes entament des consultations concernant la modification de l'Accord.

4) L'une ou l'autre Partie contractante peut dénoncer le présent Accord par la voie diplomatique, moyennant un préavis de six mois. En cas de dénonciation, les matériels classifiés transmis au mandataire ou produits par lui continueront d'être traités conformément aux dispositions de l'article 2, tant que l'exige leur statut de confidentialité.

Fait à Riga le 16 mars 1998 en double exemplaire, en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République de Lettonie :

VALDIS BIRKAVS

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

HORST WEISEL

